

Ulrich Brand und Christoph Görg

„Nachhaltige Globalisierung“? Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens¹

In den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts war das Scheitern überkommener Entwicklungsvorstellungen wie auch die sich zuspitzende Krise gesellschaftlicher Naturaneignung offenkundig geworden. Von sozialen Bewegungen wie von kritischen Intellektuellen auf die Tagesordnung gesetzt, schienen beide Probleme auf eine Revision der Leitvorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung hinzudeuten. Ökologische Probleme sowie die Risiken der Atomkraft und anderer technologischer Großprojekte hatten nicht nur in den Ländern des Nordens die überkommenen Modernisierungsstrategien zweifelhaft erscheinen lassen. Auch das Modell „nachholender Entwicklung“ wurde immer stärker kritisiert, zumal die seit Beginn der 80er Jahre offenkundige Schuldenkrise viele südliche Länder immer stärker in die wirtschaftspolitische Defensive drängte.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation schien jedoch Raum geschaffen für eine grundsätzlich neue Ordnung in den internationalen Beziehungen. Mit der Veröffentlichung des sog. Brundtland-Reports (deutsch: Hauff 1987) setzte sich im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs ein neuer Begriff durch, welcher fortan richtungsweisend sein sollte: *Sustainable Development*, meist als nachhaltige Entwicklung übersetzt. In den Vorbereitungen auf die *United Nations Conference on Environment and Development* (UNCED) seit Anfang der 90er Jahre und deren Durchführung in Rio de Janeiro 1992 manifestierte sich schließlich die Idee „nachhaltiger Entwicklung“; institutionelle und gesellschaftliche Reformen sollten folgen. Die Problemfelder „Umwelt“ und „Entwicklung“ sollten verknüpft und in Reformprozessen auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Relativ losgelöst, und ungleich dominanter, waren zwei Entwicklungen, die schon damals zu einigem Pessimismus Anlass gaben: Die neoliberale Politik, die sich in der Folge der Schuldenkrise im Nord-Süd-Verhältnis in neoliberalen Strukturprogramm anpassungsprogrammen äußerte, wie die 1991 vom damaligen

Präsidenten George Bush ausgerufene „Neue Weltordnung“ (wir kommen auf diese Entwicklungen noch zurück). Der brasilianische Umweltaktivist und zeitweilige Umweltminister José Lutzenberger sprach diesbezüglich von einer „unerträglichen Entwicklung“.

Doch zurück zum sog. Rio-Prozess: Ob dieser als erfolgreich angesehen werden kann, ist Gegenstand der Diskussionen um den *World Summit on Sustainable Development* (WSSD), der im Herbst in Johannesburg stattfindet. Bisherige Einschätzungen geben kein klares Bild ab. Die einen sehen im Vorbereitungsprozess und in der Konferenz in Johannesburg die „seit langer Zeit und für lange Zeit beste Gelegenheit“, um den Zusammenhang zwischen Globalisierung und nachhaltiger Entwicklung zu diskutieren (Müller-Kraenner/Greger 2001: 20). Andere hingegen befürchten, dass private Industrieunternehmen den Gipfel als große PR-Veranstaltung nutzen könnten, um sich einerseits als Hauptakteur einer ökologischen Modernisierung darzustellen und um andererseits verbindliche sozial- und umweltpolitische Regulierungen zu unterlaufen (Hoedeman 2001).

So oder so – die Globalisierungsproblematik wird vor, in und nach Johannesburg zweifellos einen zentralen Stellenwert einnehmen. Immer häufiger sind Stimmen zu vernehmen, die daran weit reichende Erwartungen knüpfen hinsichtlich einer Erneuerung der festgefahrenen Umweltverhandlungen wie auch in Bezug auf den Abbau der globalen Ungleichheiten. Äußerungen wie die von UNO-Generalsekretär Kofi Annan geben das Motto vor: „Making globalization work for sustainable development and to jump start implementation efforts.“ (Annan 2001) Andere folgen ihm dabei, indem sie ausgerechnet die transnational agierenden Konzerne und die zentralen Institutionen neoliberaler Globalisierung als wichtigste Verbündete im Kampf gegen globale Umweltveränderungen und gegen die Armut in der Welt anempfehlen:

„Die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltbank und der Internationale Währungsfonds versuchen in wachsendem Umfang, sich für Umweltschutz und Armutsbekämpfung einzusetzen. Multinationale Unternehmen und Allianzen der globalen Zivilgesellschaft betreiben eine immer energischer Debatten dazu. Der Johannesburg-Gipfel kann diese Akteure in den Dienst nehmen und sich auf Wege konzentrieren

ren, auf denen die Globalisierung nutzbar gemacht werden kann für die Bedürfnisse der Armen und Marginalisierten, um Umweltleistungen aufrecht zu erhalten.“ (IIED 2001)

Diese Hoffnung auf eine globale Partnerschaft trägt jedoch dazu bei, dass sich ein verhängnisvoller Trend fortsetzt und sogar verstärkt. Denn eines der zentralen Versäumnisse in öffentlichen wie in den wissenschaftlichen Diskussionen der vergangenen Jahre lag darin, dass keiner der verschiedenen Akteure an einer vertieften Ursachenanalyse der Defizite des Rio-Prozesses interessiert war, die insbesondere die strukturellen Gründe miteinbezogen hätte (Unmüßig 2001). Wenn nun gerade der Privatsektor und jene Institutionen als Hauptverbündete einer Reform dargestellt werden, deren Gründungszweck in der Regulierung und Liberalisierung des Welthandels liegt, dann dürfte sich dieses Versäumnis sogar noch verstärken. Denn damit erhöht sich die Gefahr, dass dominante Globalisierungsprozesse kaum hinterfragt, sondern als Rahmenbedingung akzeptiert werden. Dies ist nicht neu: Bereits in den 90er Jahren haben sich Begriff und Praxis nachhaltiger Entwicklung immer weniger kritisch auf dominante gesellschaftliche Entwicklungen und Kräfteverhältnisse bezogen. Unter nachhaltiger Entwicklung wird heute – insbesondere in den nord-westlichen Gesellschaften – im günstigsten Falle die ökologische Modernisierung etablierter Institutionen und ein vor allem technokratisch „von oben“ gedachter Prozess verstanden. Nichts anderes verbirgt sich hinter der Nachhaltigkeitsstrategie der deutschen Bundesregierung, die zwar die Zivilgesellschaft als Feigenblatt in ihre Nachhaltigkeitsbemühungen einbindet, letztlich aber alle ihre Reformbemühungen unter dem Label der Nachhaltigkeit anpreist.

„Weltumweltpolitik“ (Udo Ernst Simonis) ist zum integralen Bestandteil neoliberaler Globalisierung und Neuer Weltordnung geworden. Statt ein alternatives Entwicklungsmodell voranzutreiben und der „Weltgesellschaft“ zu einem stärker ökologisch und sozial geprägten Aussehen zu verhelfen, gelangte der Reformprozess selbst immer mehr in Sackgassen.

Die etablierten Institutionen nachhaltiger Entwicklung – allen voran die Klimarahmenkonvention und die Konvention über biologische Vielfalt – haben in den 90er Jahren selbst einen Transformationsprozess durchlebt. Indem dominante

politische und wirtschaftliche Akteure auch hier ihren Interessen stärker Geltung verschaffen konnten, wurde das Leitbild nachhaltiger Entwicklung vor allem in Form einer Ökonomisierung der Natur konkretisiert (vgl. dazu die Beiträge von Enrique Leff, Silvia Ribeiro und Achim Brunnengräber in diesem Band).

Dass in diesem Rahmen die sozialen und ökologischen Probleme – allen institutionellen Reformen und internationalen Abkommen zum Trotz – nicht geringer wurden, ist nahezu unbestritten (vgl. UNEP 2000). Im Hinblick auf die Armutsbekämpfung hat sich vor allem gezeigt, dass die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme, mit deren Hilfe Weltbank und IWF „Reformen“ in den Entwicklungsländern erzwingen wollten, auf breiter Linie gescheitert sind. Gedacht, um auf dem Wege einer beschleunigten Öffnung für den Weltmarkt die Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungsländer zu erhöhen, hat die Überprüfung der Programme nun z.T. verheerende Ergebnisse zu Tage gefördert – verheerend vor allem für die ärmere ländliche Bevölkerung, insbesondere gilt dies für die Frauen in diesen Regionen, und für die natürlichen Lebensgrundlagen (SAPRI 2002). Obwohl alle Daten belegen, dass die neoliberale Strategie der Weltmarktintegration ein höchst selektives Wachstum erzeugt, welches in erster Linie zur Erhöhung nationaler und internationaler Ungleichheit und der ungleichen globalen Machtverteilung beiträgt, ist die dominante Stellung dieser Strategie durch die jüngsten globalisierungskritischen Proteste höchstens herausgefordert, aber (noch) nicht erfolgreich untergraben worden.

Dennoch laufen jene Prozesse, die mit „Globalisierung“ oder „Umwelt- und Entwicklungspolitik“ nur unscharf erfasst werden, keineswegs widerspruchsfrei ab. Die Kritik an dominanten Entwicklungen nimmt seit einigen Jahren sogar deutlich zu. Die Stichworte „Seattle“ und „Genua“ drücken mehr als punktuelle Protestereignisse aus und das Weltsozialforum in „Porto Alegre“ ist mehr als ein isoliertes fünftägiges Event. Vielmehr handelt es sich hier um Kristallisationspunkte zunehmender, sich in sehr unterschiedlichen Bereichen artikulierender Kritik. In diesen Auseinandersetzungen spielen Begriffe eine wichtige Rolle, denn sie geben Orientierungen, kennzeichnen bestimmte politische Vorschläge als legitim oder absurd und begründen

neue Sichtweisen auf reale Verhältnisse. Das beste Beispiel ist aktuell sicherlich die Auseinandersetzung um die Begriffe „Globalisierung“ und „Neoliberalismus“, die vor wenigen Jahren noch als unveränderbar galten und im Zuge der jüngsten Entwicklungen kräftig in Frage gestellt werden.

Auch die Debatte um „sustainable development“ muss als ein spezifisches Konfliktterrain verstanden werden. Hier werden gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Richtung und den Gehalt gesellschaftlicher Entwicklung sowie ihrer sozialen und ökologischen (und zunehmend auch wirtschaftlicher) Konsequenzen geführt.

Gerade deswegen droht hier eine große Gefahr, besonders aus kritisch-emanzipativer Perspektive. Sollten sich die Stimmen durchsetzen, die auf neue „Partnerschaften“ mit den Akteuren und Institutionen setzen, die für die neoliberale Globalisierung die Hauptverantwortung tragen, dann könnte die sich in letzter Zeit stärker artikulierende Kritik am Neoliberalismus gerade durch die Nachhaltigkeitsdebatte entschärft werden. Denn in dem Maße, in welchem auf Kooperation und „gemeinsamen Interessen“ insistiert wird, scheint grundsätzlichere Kritik eher störend. Auch der Protest auf „der Straße“ wird dann nur noch als Ort der Unmutsäußerung verstanden, der allenfalls dazu dient, den ExpertInnen und Regierungen „etwas Dampf zu machen“. Radikalere Kritik an den herrschenden Verhältnissen muss nämlich in dem Maße suspekt werden, indem die Adressaten der Kritik zur Kooperation gewonnen werden sollen. Zudem wird sie zunehmend mit dem Argument der fehlenden Alternativen zurückgewiesen. Eine weitergehende Infragestellung von politischen Formen und Inhalten, Fragen nach Macht und Herrschaft, nach Demokratie und Gerechtigkeit – die zu den Grundanliegen der jüngsten globalisierungskritischen Bewegung gehören – drohen aus dieser Perspektive ausgeblendet oder gar delegitimiert zu werden.

Der Kontext: Neoliberale Globalisierung und der Übergang zum Postfordismus

Im Vorfeld der Johannesburg-Konferenz skizziert Kofi Annan in einem Report die dominierende, weithin geteilte Perspektive auf gegenwärtige Probleme. Der sog. Rio-Prozess sei langsa-

mer als erwartet und in einigen Bereichen hätten sich die Bedingungen sogar verschlechtert. Die Ziele der Agenda 21, nämlich wirtschaftliches Wachstum, soziale Entwicklung und Umweltschutz zu vereinen, wären noch nicht erfüllt. Die Hindernisse seien ein fragmentierter statt integraler Politikansatz, kurzfristige und inkohärente Finanz-, Wirtschafts-, Investitions- und Technologiepolitiken sowie das Fehlen von finanziellen Ressourcen, um die Agenda 21 umzusetzen. Annan benennt – die dramatischen Trends weltweiter wirtschaftlicher und politischer Entwicklung aufzeigend – dann das, was zum zentralen Topos des mit der Konferenz beginnenden „Johannesburg“-Prozesses werden dürfte: Den Prozess der Globalisierung für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung zu nutzen. Mit mehr politischem Willen, praktischen Schritten und neuen Partnerschaften sei dies auch zu erreichen (Annan 2001).

Doch was es heißen könne, den Prozess der Globalisierung zu nutzen, das bleibt mehr als unklar. In den meisten jüngeren Beiträgen steht zwar der Prozess ökonomischer Globalisierung im Kern der gegenwärtigen Entwicklungen (vgl. Sachs 2000; Dowdeswell 2001; IIED 2001; Müller-Kraenner/Greger 2001). Das bedeutet aber nicht, dass es einen allgemeinen Konsens gebe, zumindest dann nicht, wenn es darum geht, konkrete Lösungsstrategien und Umsetzungsschritte zu entwickeln. Vielmehr lässt sich ein ähnliches Defizit beobachten wie bei anderen Fragen der Nachhaltigkeitspolitik. Dieser Prozess, seine Ursachen und ihn vorantreibenden Kräfte sowie die Rolle bestehender Institutionen werden nicht tiefergehend analysiert und vor allem nicht weiter hinterfragt. Mehr noch: Mit der Anfang des Jahres 1999 beim Weltwirtschaftsforum in Davos lancierten Initiative eines *Global Compact*, d.h. eines „Vertrages“ der UNO mit privatwirtschaftlichen Unternehmen setzt Annan explizit auf jene Kräfte, welche die neoliberale Globalisierung wesentlich vorantreiben (zur Darstellung und Kritik vgl. Paul 2001)

Dabei ist die Verknüpfung der Diskurse über nachhaltige Entwicklung und Globalisierung relativ jung. Auf den verschiedenen Weltkonferenzen in den 90er Jahren fand der Globalisierungsbegriff kaum Verwendung. Zwar waren die 80er Jahre entwicklungspolitisch das anerkanntermaßen „verlorene Jahrzehnt“, doch „Entwicklungsprobleme“ wurden vor allem

als solche des Südens interpretiert. Dass weltweit, also auch im Norden, ein Umbruch stattfand, der tiefgehend war als das Symbol „1989“ und das Ende der Blockkonfrontation, wurde erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre deutlich.

Zu dieser Zeit dominierte jedoch eher noch die Skepsis, ob die Globalisierung nicht verantwortlich sei für das langsame Vorankommen nachhaltiger Entwicklung: „Der Rio-Prozess leidet darunter, dass die öffentliche Debatte immer stärker von den Themen Globalisierung der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und leere Staatskassen bestimmt wird.“ (Fues 1998: 2) Heute zeichnet sich, wie im Zitat von Kofi Annan angedeutet, eine wichtige Verschiebung ab: Es geht nicht um „Globalisierung“ gegen „nachhaltige Entwicklung“, sondern um ihr richtiges Zusammenspiel.

Von wissenschaftlicher Seite wird diese Sichtweise argumentativ unterfüttert. In einer Studie mit dem programmatischen Titel „Rio plus 10“ vertrat exemplarisch Thomas Fues (1998) schon sehr früh die inzwischen dominante Position. „Nur wenn alle Länder den Ernst der Lage erkennen und mit vereinten Kräften gegen steuern, kann die Rettung der Menschheit gelingen.“ (ebd.: 2) Es gehe angesichts der erkannten katastrophischen Zuspitzung um eine „radikale Erneuerung der gesellschaftlichen Fundamente.“ Dazu seien „kooperative, vorbeugende Lösungsansätze“ notwendig. Ökologischer Strukturwandel könne nur kooperativ erfolgen, denn bei Alleingängen riskiere ein Land seine Wettbewerbsfähigkeit und seine Arbeitsplätze (ebd.: 6).

Aus dem Blickfeld gerät vor allem der Zusammenhang zwischen ökologischer Problematik und gesellschaftlichen Umstrukturierungen, die als Übergang vom *Fordismus* zum *Postfordismus* zu begreifen sind und die sowohl die innergesellschaftlichen wie auch die internationalen Strukturmuster erheblich verändert haben. Die ökologische Krise war, symbolisch wie materiell, eng mit der Krise des Fordismus verbunden. Auf der *materiellen* Seite war das fordistisch-fossilistische Wohlstandsmodell der nördlichen Industriegesellschaften auf materiell-stofflicher Seite maßgeblich verantwortlich für die enorme Ausweitung des Ressourcenverbrauchs und die steigende Belastung der natürlichen Umwelt durch Schadstoffe (Alt Vater 1992). Auf der anderen, *symbolischen* Seite themati-

sierten soziale Bewegungen und Intellektuelle die ökologische Krise als eine gesellschaftliche Krise, d.h. es wurde versucht, die sozialen Ursachen der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu benennen. Doch diese Konstellation geriet in den 80er Jahren immer stärker in den Sog des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft. Die zentrale Strategie zur Durchsetzung des postfordistischen Kapitalismus war die neoliberale Ausrichtung der Gesellschaft an den Imperativen der Effizienz und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Auch staatliche Politik wurde immer stärker daran ausgerichtet (Hirsch 1995). Ein weiterer Punkt kommt hinzu. Seit den 90er Jahren hat die Entwicklung neuer Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der neueren Bio- und Gentechnologien auch auf ökonomisch-technischer Ebene zur Herausbildung veränderter, „postfordistischer Naturverhältnisse“ beigetragen (Görg/Brand 2001).

Mit dem Übergang zum Postfordismus ändern sich sowohl die Arbeitsweise zentraler gesellschaftlicher Institutionen als auch auf eine durchaus widersprüchliche Art und Weise der Zugriff auf natürliche Ressourcen. Mit dem immer stärker werdenden, von machtvollen Interessen gesetzten Imperativ internationaler Wettbewerbsfähigkeit wird auch der Umgang mit Natur als Ressource bzw. deren Inwertsetzung stärker den Rentabilitätskalkülen des Kapitals unterworfen (gerade in südlichen Ländern erhält dies durch den Kontext von Auslandsverschuldung und dem Zwang zum Schuldendienst besondere Bedeutung). Aufgrund neuer technologischer Verfahren und neuer Produktionsstrukturen gewinnt diese Verwertung eine neue Qualität. Insbesondere die neuen Bio- und Gentechnologien erfordern partiell diesen anderen Zugriff und machen Teile der außermenschlichen wie auch der menschlichen Natur zu „strategischen Ressourcen“ (Cecena/Barreda (Hg.) 1995).

Auf internationaler Ebene bildet sich damit ein *Kooperations-Konkurrenz-Paradox* als zentrale Rahmenbedingung internationaler Umweltpolitik heraus. Davon wird in den sozialwissenschaftlichen wie auch öffentlichen Diskussionen meist nur die eine Seite erwähnt: Ein wachsender Druck zur kooperativen Bearbeitung grenzüberschreitender Umweltprobleme. Dieser Druck setzt sich nicht naturwüchsig als direkte Folge ökologischer Problemlagen durch, sondern immer vermittelt

durch seine öffentliche Symbolisierung durch soziale Akteure (NGOs, WissenschaftlerInnen, die sog. „Wissensgemeinschaften/epistemic communities“ etc.). Der politische Druck zur Kooperation hat in den vergangenen Jahren zu einer kaum noch überschaubaren Zahl internationaler Umweltabkommen geführt. Allerdings heben diese Abkommen und Regime die Konkurrenz zwischen Staaten sowie zwischen verschiedenen ökonomischen Sektoren und Regionen keineswegs auf. Vielmehr prägt diese Konkurrenz die bestehenden Abkommen in hohem Maße, und zwar umso stärker, je mehr von einzelnen Abkommen komplexe Querschnittsprobleme tangiert und damit meist auch Spannungsverhältnisse zwischen verschiedenen internationalen Vertragswerken sichtbar werden (beides kann in der internationalen Biodiversitätspolitik gut beobachtet werden). Generell lässt sich sagen, dass sich sowohl in nationalen als auch in internationalen Maßnahmen zur Bearbeitung ökologischer Problemlagen völlig unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Interessen artikulieren, welche die Konkurrenz zwischen verschiedenen nationalen wie internationalen Interessengruppen in die Vertragstexte und den weiteren Verhandlungsprozess „hinein tragen“.

Zwei Elemente sind dabei von besonderer Bedeutung. Erstens kommt es zu einer neuen, postfordistischen Grenzziehung zwischen Politik und Ökonomie. Diese Entwicklung wird in den Sozialwissenschaften oft als Erosion des Nationalstaats missverstanden. Tatsächlich verliert der Nationalstaat zwar in manchen Punkten seine Steuerungsfähigkeit und seine Souveränität über ein bestimmtes Territorium. Aber er verschwindet dabei nicht einfach, sondern transformiert sich in Richtung des stärker den globalen Konkurrenzbedingungen unterworfenen *nationalen Wettbewerbsstaats*. Gleichzeitig findet aber auch eine *Internationalisierung des Staates* statt (Hirsch 2000; Brand u.a. 2001). Die Veränderungen von Politik im Zuge einer Transformation des Staates sind weitreichend. Sie sind jedoch wenig dazu angetan, Hoffnungen auf einen übermäßigen Einfluss der „Zivilgesellschaft zu wecken. Politik findet auch in internationalen Regimen und Institutionen immer noch wesentlich als zwischenstaatliche Politik statt. Dies geschieht nicht nur zufällig und nicht nur vorübergehend. Vielmehr ist auch der internationalisierte Staat vor allem

ein Herrschaftsinstrument, in dem sich globale Interessenlagen und Machtverhältnisse „verdichten“ (nach einer Formulierung von Nicos Poulantzas 1978; vgl. auch Hirsch/Jessop/Poulantzas 2001). Die dominante Orientierung internationaler Politik hat Stephen Gill (1995) als „globalen Konstitutionalismus“ bezeichnet. Denn es geht in zunehmendem Maße auch auf internationaler Ebene um die Absicherung der bürgerlichen Rechts- und Eigentumsordnung. Dies betrifft auch und gerade die internationale Umweltpolitik.

Zweitens: Bezogen auf ökologische Problemlagen lässt sich feststellen, dass der postfordistische Kapitalismus sich zwar in gewisser Weise durchaus auf diese Probleme eingestellt hat. Dies erfolgte nicht im Sinne einer erfolgreichen Bearbeitung der materiellen Dimensionen der ökologischen Krise. Gleichwohl hat sich ein größtenteils akzeptiertes Muster der Krisenbearbeitung herausgebildet. Denn vor allem Strategien ökologischer Modernisierung haben Aussicht auf Erfolg, die entweder auch betriebswirtschaftliche Kosten senken helfen oder ein neues Absatzfeld für neue Technologien etc. eröffnen. Die Spielräume für Bearbeitungsstrategien werden dabei von anderen Prozessen, nicht zuletzt der zunehmenden Kapital- und Standortkonkurrenz, vorgegeben und der neoliberalen Strategie der wirtschaftlichen Liberalisierung untergeordnet. Zudem stehen auf zwischenstaatlicher Ebene alle Maßnahmen und deren Erfolgsaussichten unter dem Primat einer globalen Machtpolitik zentraler Staaten. Mehr und mehr wird außerdem die ökologische wie die soziale Frage, dem Standort- wie dem Sicherheitsdiskurs untergeordnet, der ein nur schlecht verborgenes Vehikel für globale Herrschaftsstrategien darstellt. Auch diese Entwicklung lässt den Begriff „nachhaltiger Entwicklung“ nicht unberührt. Christoph Spehr und Armin Sticker (1997: 220ff) sehen ihn als Ausdruck und Teil des Übergangs vom Entwicklungsdiskurs zum „postmodernen Ordnungsdiskurs“.

Das Hegemoniedefizit der „neuen Weltordnung“

Wie bereits 1992 liegt auch heute der Schatten der „neuen Weltordnung“ über den Bemühungen, kooperativ aus den umwelt- und entwicklungspolitischen Sackgassen herauszu-

kommen. Wurde das Datum „1989“ noch mit den Chancen einer Suche nach neuen Politikformen verbunden, so wurde der Vorbereitungsprozess der UNCED zu Beginn der 90er Jahre von einem anderen Ereignis deutlich überlagert. Der Einmarsch der irakischen Armee in Kuwait im Sommer 1990 und die militärische Antwort der USA bzw. der NATO darauf im Januar/Februar 1991 waren eine weltpolitisch entscheidende Zäsur. Der damalige US-Präsident George Bush proklamierte im Januar 1991 eine „Neue Weltordnung“, die um einiges anderes aussah als jene wenig später von den UNO-Weltkonferenzen angedachte. Nicht Kooperation und die gemeinsame Suche nach Wegen zur Lösung der „Weltprobleme“, sondern die gegebenenfalls militärische Absicherung der dominanten Interessen stand im Zentrum dieser Politik. Die NATO-Richtlinien von 1999 sind ein deutlicher Ausdruck dafür, wie militarisiertes Denken zu institutioneller Praxis wird.

2002 sieht es ähnlich aus. Wie vor Rio, so wurden auch ein Jahr vor Johannesburg die USA mit einem Militärschlag aktiv, um die Weltordnung, aber im zunehmenden Maße auch ihre eigenen Interessen und vor allem ihre nationale Sicherheit militärisch zu verteidigen. Der 11. September, das ist heute bereits absehbar, wird nicht nur auf der militärisch-politischen Ebene einen weitergehenden Einschnitt als der zweite Golfkrieg 1991 bedeuten, sondern auch auf der ideologischen. Und dies hat Konsequenzen für alle Ansätze globaler Reformen wie für kritisch-emanzipatives Handeln und damit auch für eine Politik, die den einst formulierten Ansprüchen nachhaltiger Entwicklung entsprechen würde.

Schon längere Zeit wurde die Entwicklung des internationalen Systems in den 90er Jahren als „Ende der Westfälischen Ordnung“ zu begreifen versucht. Aber bislang war das Ausmaß dieser Veränderung noch nicht absehbar. Das hat sich nach dem 11. September geändert. Unter der „Westfälischen Ordnung“ wird die seit dem Westfälischen Frieden von 1648 geltende Ordnung des internationalen Systems verstanden, die auf dem Prinzip der Anerkennung der territorialen Integrität souveräner Staaten beruht. Diese Ordnung, so die bislang von verschiedenen Seiten vertretene These, sei mit der Globalisierung aller Lebensbedingungen unwiderruflich untergraben worden. Doch diese These trifft nicht den Kern des Problems.

Denn es ist nicht eine anonyme Globalisierung, welche die zwischenstaatliche Ordnung untergräbt. Seit dem 11. September wird mehr und mehr deutlich, dass die Versuche einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen – und d.h. von machtförmig und konkurrenzhaft strukturierten und auch potentiell kriegerischen Verhältnissen zwischen souveränen Staaten – wieder zugunsten der Interessen dominanter Staaten untergraben werden. Dies hat weitreichende Folgen auch für die internationale Umwelt- wie Entwicklungspolitik.

Nun war mit der „Westfälischen Ordnung“ eine Herrschaftsform etabliert worden, die schon immer einen höchst widersprüchlichen Charakter hatte, nämlich eine Form bürgerlicher Allgemeinheit, die sich nur im Gegeneinander, in der Konkurrenz partikularer Staaten etablieren konnte und die daher a priori antagonistisch war. Zwar war es die Hoffnung der bürgerlichen Aufklärung, dass diese dynamische Situation sich zu einem „weltbürgerlichen Zustand“ (Kant 1977) weiterentwickelt, in der die bürgerlichen Verfassungen die gesellschaftlichen Antagonismen überwinden und zu einem „ewigen Frieden“ unter selbständigen bürgerlichen Republiken fortschreiten. Kant war sich jedoch noch völlig klar darüber, dass allein eine zunehmende Verrechtlichung internationaler Beziehungen die grundlegenden Antagonismen, durch die Staat und Recht in der bürgerlichen Gesellschaft gekennzeichnet sind, überwinden oder zumindest zu bändigen versuchen könne.

Genau diese Hoffnung scheint nun untergraben zu werden. Und das nicht erst seit dem 11. September. Seitdem wird aber deutlich, dass mit dem Ende der „Westfälischen Ordnung“ Gewalt und Recht eine neue Synthese eingehen. Denn wir haben es zwar auf den ersten Blick mit einer Rückkehr in eine Ordnung zu tun, in der jeder Staat, solange er nur über entsprechende Macht verfügt, die Gewaltmittel einsetzen kann, die ihm zur Verfolgung seiner Absichten opportun erscheinen. Insofern ist das „Ende der Westfälischen Ordnung“ auch nicht mit einem „Ende des Nationalstaats“ zu verwechseln. Die reale Souveränität von Staaten war jedoch schon immer ungleich verteilt. Und diese Machtungleichgewichte haben sich nicht nur weiter verstärkt – auch das Gegengewicht einer Verrechtlichung der Beziehungen wird zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Nicht mehr die Rechtsbindung staatlicher Gewalt,

sondern die *Nichteinhaltung von selbstgesetzten Regeln* steht auf der Tagesordnung. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen werden grundlegende menschen- und völkerrechtliche Standards wie etwa die Genfer Konvention oder das Verbot der Vereinten Nationen, einen Angriffskrieg zu führen, missachtet und immer mehr als bindende Normen desavouiert. Dabei ist das Recht aber nicht einfach verschwunden. Der situative Bezug auf Menschenrechte oder das Völkerrecht – bei gleichzeitiger Missachtung, wenn es den eigenen Interessen gegenüber nicht opportun erscheint – zeigt vielmehr, dass die *rechtliche Auslegung bestimmter Maßnahmen weiterhin umkämpft ist und als eine diskursiv erzeugte Machtressource dient*, deren sich Akteure zur Legitimation ihrer Absichten zu bedienen versuchen. Mehr und mehr scheint also das Recht selbst zu einer Ressource zu werden, mit dem Akteure ihre Interessen durchzusetzen versuchen.

Damit wird eine Entwicklung verschärft, die sich schon vor den Anschlägen abgezeichnet hat, und die sogar als eine ihrer tiefer liegenden Ursachen angesehen werden muss – *das Fehlen von Hegemonie im internationalen System*. Denn die einzige verbleibende militärische und politische Supermacht, die USA, ist in einer ganzen Reihe von internationalen Abkommen und Regimen weder Willens noch in der Lage, die politische Führung zu übernehmen.² Dazu würde neben politisch-militärischer und wirtschaftlicher Stärke auch die Bereitschaft gehören, Akteure mit anderen und möglicherweise gegensätzlichen Interessen in einen Kompromiss einzubinden, notfalls auch durch punktuelle Zugeständnisse. Nur dadurch ließe sich auch die Hoffnung auf eine kooperative Bearbeitung globaler Probleme rechtfertigen. Denn diese setzt voraus, dass auf den Einsatz von Machtpotenzialen zugunsten einer Strategie verzichtet wird, der verschiedene Akteure nach Vorgabe des Hegemons bzw. hegemonialer Diskursstrategien zustimmen und in die sie eingebunden werden könnten.

Selbst diese kooperative Problembearbeitung wäre dann vordringlich durch den Interessenkompromiss der beteiligten Akteure bedingt und daher per se keineswegs sachangemessen bzw. eine wirkliche Problemlösung. Durch die Politik des „America first“ wird aber selbst diese *Minimalbedingung für eine kooperative Strategie* in zunehmendem Maße erschwert.

Ironischerweise geschieht dies sogar in den internationalen Regimen, bei deren Gründung die Interessen der USA eigentlich eine zentrale Rolle gespielt haben, wie in der WTO, oder die gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine wichtige Rolle spielen könnten, wie die Biowaffenkonvention. Während die US-Regierung im WTO-Prozess zu keinen Zugeständnissen bereit ist und damit im Umfeld der Doha-Konferenz der WTO als wichtigster Bremser angeklagt wurde (<http://www.twinside.org.sg/title/dohamain.htm>), ist sie aus anderen Regimen inzwischen faktisch ausgestiegen oder betätigt sich allein als Verhinderer – nicht nur in der Biowaffenkonvention, sondern auch im Rahmen der Klimarahmenkonvention und in anderen internationalen Abkommen.

Jede Hoffnung auf eine kooperative Bearbeitung globaler Probleme, seien sie militärischer, wirtschaftlicher, sozialer oder ökologischer Art, muss sich also mit dem Problem auseinandersetzen, dass der ohne Zweifel wichtigste nationalstaatliche Akteur kein Interesse an einer kompromisshaften, die Interessen der verschiedenen Akteure einbeziehenden Bearbeitungsstrategie hat. Die „neue Weltordnung“ kann daher als eine Situation charakterisiert werden, in der bei zunehmenden globalen Interessengegensätzen und Machtungleichgewichten – und trotz mächtiger Diskursstrategien – ein Hegemon fehlt. Oder genauer: Es handelt sich um eine Situation, in welcher der mächtigste Staat genau diese Rolle verweigert und gleichzeitig seine Interessen machtvoll, notfalls auch militärisch, durchzusetzen versucht.

Der Rio-Gipfel und die in seinem Gefolge verhandelten Abkommen waren der Versuch, über z.T. neue Formen schwach institutionalisierter Normsetzungen, wie dies internationale Regime darstellen, internationales Recht zu entwickeln. *Heute lässt sich einerseits eine relative Beliebigkeit in der Auslegung dieser Normen und andererseits eine recht deutliche Rückkehr zur reinen Machtpolitik erkennen, die vor allem an nationalen Interessen und der nationalen Sicherheit orientiert sind*. Vor allem die NATO-Richtlinien von 1999 zeigen, worum es dabei geht: Um die Verteidigung der Interessen der dominanten Länder des Nordens, wo immer es ihnen notwendig erscheint. Dabei wäre es auch eine völlig falsche Hoffnung, dieser „neuen Weltordnung“ eine im Kern progressive

„Weltumweltpolitik“ (Simonis) dichotomisch gegenüberstellen zu wollen. Das Gegenteil ist der Fall. Einmal muß generell im Auge behalten werden, dass selbst diese Normen bei ihrer Entstehung Kompromißbildungen vor dem Hintergrund hegemonialer Machtverhältnisse darstellten und damit mit vielen Defiziten und Selektivitäten behaftet waren. Zudem sind gerade die in Rio unterzeichneten Abkommen zu Klima und biologischer Vielfalt einem Transformationsprozeß ausgesetzt, der diese immer stärker den Gesetzen der neoliberalen Globalisierung unterwirft. Und zuletzt zeigt auch die allgemeine Entwicklung von Politik und Recht, daß es dabei vor allem um die Verteidigung des oligarchischen Lebensstils einer Minderheit der Weltbevölkerung geht – mit allen Implikationen für die Kontrolle über Ressourcen, Produktions- und Konsummuster und die „ökologische Sicherheit“.

Auf dem Weg in einen „ökologischen“ Kapitalismus?

Vor dem Hintergrund der „neuen Weltordnung“ wie der sich verändernden Formen der Naturaneignung muss gleichwohl daran erinnert werden, dass die Richtung der weiteren Entwicklung erst durch soziale Konflikte auf verschiedenen Ebenen entschieden wird. Und hierbei spielt der Begriff der nachhaltigen Entwicklung eine wichtige Rolle. Er stellt in gewisser Weise eine *Kompromissformel* dar, in der sich sehr unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Interessen wiederfinden. Wenn immer wieder herausgestellt wurde, dass sein genauer Gehalt unklar oder schwammig bleibe, dann ist die Schwammigkeit des Begriffs gerade seine Stärke (Achselrad/Sedrez 1995; Armbrorst/Brand 1996; Görg 1996; Spehr/Stickler 1997; ähnlich von Braunmühl 2001: 188). Die sich zuspitzende Umweltkrise auf der materialen wie auch auf der politisch-diskursiven Ebene machte es notwendig, eine Formel zu finden, mittels derer sozial-ökologische Kompromisse zwischen Akteuren organisiert werden konnten, die divergierende und teilweise antagonistische Interessen hatten. Von daher ist es nur konsequent, dass im Zentrum dieses Leitbilds der Gedanke der Kooperation steht und dass Konkurrenzverhältnisse ausgeblendet oder zumindest als überwindbar dargestellt werden. Denn wenn das Problem der Konkurrenz ernst genommen

würde, müsste man sich stärker mit der in den Diskussionen nicht hinterfragten ökonomischen Sphäre und den globalen Machtverhältnisse auseinandersetzen, als dies bisher der Fall ist.

Entscheidend ist letztlich, wie genau der Begriff operationalisiert und durch welche Rahmungen die öffentliche Debatte strukturiert wird, wie die Prioritäten gesetzt werden und welche Aspekte dabei berücksichtigt werden und welche nicht. So wurde „im Norden“ zunehmend von der Entwicklungsproblematik abgesehen bzw. diese von der Forderung nach gerechteren Bedingungen im Nord-Süd-Verhältnis hin zur notwendigen Ermöglichung „nachhaltigen Wachstums“ für alle Länder umgedeutet. Exemplarisch kann dafür der Diskurs über nachhaltige Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gelten (vgl. K.W.Brand/Jochum 2000; Jörissen u.a. 2000). Es gab hier durchaus unterschiedliche Versuche, das Leitbild zu übersetzen und zu konzeptualisieren und dabei seine verschiedenen Aspekte zu integrieren – von der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, durchgeführt vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie im Auftrag von BUND und Misereor (BUND/Misereor 1996) bis zum Handlungskonzept des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI 1995). Neben dem sog. Umweltgutachten von 1994 (SRU 1994) hat der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (Enquete-Kommission 1994) einen starken Einfluss auf die bundesdeutsche Diskussion gehabt. „Nachhaltigkeit“ wird dort als ein Drei-Säulen-Modell konzeptualisiert, bei dem die Interessen der Umweltakteure (ökologische Säule), der Gewerkschaften (soziale Säule) und der Unternehmen (ökonomische Säule) miteinander in Einklang gebracht werden sollen. Damit wird die Tendenz des bundesdeutschen Diskurses am besten zum Ausdruck gebracht, der durch drei Merkmale charakterisiert werden kann:

Erstens lässt sich ein „ökologischer bias“ feststellen (K.W. Brand/Jochum 2000: 177) – die Entwicklungsproblematik, so wie sie in der internationalen Kompromiss des Brundtland-Berichts noch enthalten war, wird in den meisten Studien gar nicht aufgegriffen oder allein auf die Bevölkerung des eigenen Landes bezogen (vgl. auch Jörissen u.a. 2000). Selbst der Stu-

die „Zukunftsfähiges Deutschland“, die in dieser Hinsicht noch am stärksten auf die Verknüpfung von „Umwelt und Entwicklung“ aufmerksam gemacht hatte, wurde von KritikerInnen vorgehalten, dass sie hinter die Diskussionen der 80er Jahre zurückfalle (Ebinghaus/Stickler 1996; Armbrorst/Brand 1996; vgl. auch den Überblick von Hermle (Hg.) 1997).

Zweitens ist mit dieser Verkürzung der ursprünglichen Zielsetzung eine starke Fokussierung auf die nationale Ebene verbunden (Jörissen u.a. 2000: 11), den man als „nationalen bias“ bezeichnen könnte. Viele Ansätze, so auch die Studie „Sustainable Netherlands“ (ISOE 1994), nehmen den „nationalen Umweltraum“ als Ausgangspunkt, d.h. die von einem Nationalstaat genutzte Umwelt. Je nach EinwohnerInnen werden Ansprüche auf Ressourcen und Schadstoffsenken „ausgerechnet“ und entsprechende Vorschläge gemacht, um die dramatische Übernutzung zu reduzieren. Andere beziehen sich auf Fragen internationaler Kooperation implizit oder explizit eher negativ. Entweder wird das bundesdeutsche System der sozialen Marktwirtschaft als „zu bewahrendes Erbe“ interpretiert (Jörissen u.a. 2000: 9) und die ökologischen wie die globalen sozialen Kosten des „Modells Deutschlands“ in seiner fordistischen Phase ignoriert. Oder es wird die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen explizit als Ziel einer „ökologischen Modernisierung“ der Gesellschaft angesehen und damit die Konkurrenz als treibender Motor angenommen.

Drittens ist mit dieser Fokussierung eine Präferenz für eine prozedurale und dialogische Vernetzung und die Kooperation der unterschiedlichen Akteure verbunden, die nicht nur keine Eingriffe in wirtschaftliche Interessen erwarten lässt, sondern überhaupt die Kritikmöglichkeiten beschränkt (K.W. Brand/Jochum 2000: 185, 189 und 191). Zwar sei das Diskursfeld, so die Autoren einer Studie, „offen genug, um auch radikaleren, kapitalismus- und industrialismuskritischen Positionen“ Zugang zu gewähren (ebd. 176). Faktisch seien diese Positionen aber nicht nur im Diskurs marginal, sondern auch die praktische Umsetzung des Leitbilds eher am Konzept „ökologischer Modernisierung“ orientiert (ebd. 189). Man darf daher von einem „affirmativen bias“ sprechen, bei dem kritischere Fragen hinsichtlich der Realisierungsbedingungen nachhaltiger Entwicklung zugunsten von pragmatischeren und vor allem

den etablierten Interessen gewogenen Konzepten in den Hintergrund gedrängt werden.

Der Diskurs um „nachhaltige Entwicklung“ hatte, selbst in seinen besten Zeiten nach der Publikation der Wuppertal-Studie, ohnehin einen eher geringen Stellenwert in der breiten Öffentlichkeit. Dies wurde in dem Maße eingebüßt, in dem Fragen der internationalen Konkurrenz am „Standort Deutschland“ an Bedeutung gewonnen haben.

„Ein Großteil der Faszination, die der Nachhaltigkeitsdiskurs auch im linken Lager ausübt, gründet sich auf seinem Ruf, ein Gegendiskurs zu „Globalisierung“ zu sein. Dies ist jedoch ein Irrtum. Nachhaltigkeit ist kein Rivale der Globalisierung, sondern ihr Partner. Beide sind Teil eines umfassenden Diskurswechsels, der das politische Terrain nach dem Zusammenbruch des Entwicklungsdiskurses neu organisiert.“ (Spehr/Stickler 1997: 217)

Die Operationalisierung des Begriffs kann nicht losgelöst von gesellschaftlichen Machtverhältnissen betrachtet werden. Drei wichtige Dimensionen, in denen ursprünglich durchaus ein kritisches Potential angelegt war, wurden durch die Diskussionen der letzten Jahre an den Rand gedrängt: die Problematisierung des Nord-Süd-Verhältnisses, eine grundlegende Umorientierung der internationalen Politik sowie eine Problematisierung des Verhältnisses der kapitalistischen Ökonomie zu ihren materiellen Grundlagen.

Ein Beispiel für letzteres ist der in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ noch verwendete Subsistenzbegriff, d.h. die gesellschaftliche Thematisierung der Frage: „Was ist genug?“. Damit sollte auf die notwendige Begrenzung des Ressourcenverbrauchs hingewiesen und der unbegrenzten Steigerung des Naturverbrauchs eine öffentliche Debatte entgegengesetzt werden (denn nur durch einen sozialen Konsens, nicht durch wissenschaftliche Berechnungen können solche Grenzen etabliert werden). Dieser Aspekt ist in den Diskussionen der letzten Jahre fast vollständig hinter der *Suche nach technischer Effizienz* zurückgetreten. Dahinter ist einerseits ein erheblicher Steuerungsoptimismus zu erkennen, der glaubt, die Probleme auf dem Wege einer Optimierung des Stoffdurchsatzes bearbeiten zu können. Und andererseits steckt darin ein technokratisches Verständnis sowohl der Probleme als auch ihrer Bearbeitungsstrategien. Probleme werden als

prinzipiell lösbar angesehen und pragmatische Managementstrategien unter Ausblendung ihrer herrschaftsförmigen Implikationen bevorzugt. Im Zuge der Globalisierungsdiskussion sind die ökologischen Voraussetzungen und Folgen kapitalistischen Wirtschaftens noch stärker in den Hintergrund gerückt.

Im Hinblick auf die *Nord-Süd-Problematik* lässt sich eine ähnliche Entwicklung beobachten. Einmal wird auch hier die Verbindung zwischen Umweltproblematik und globalen Machtverhältnissen oftmals ausgeblendet und statt dessen ein pragmatischer Regulierungsmodus bevorzugt.

Und schließlich wird die Einsicht vernachlässigt, dass unter dem Deckmantel der *internationalen Umweltpolitik* oftmals ganz andere Prozesse vorangetrieben werden. Beide Probleme spiegeln sich in der Frage nach dem Verhältnis zwischen den internationalen Umweltabkommen und anderen internationalen Vertragswerken und Institutionen. Zugespielt formuliert ist das wichtigste Abkommen der 90er Jahre, das die gesellschaftlichen Naturverhältnisse tiefgreifend transformiert, weder die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) noch die Klimarahmen-Konvention (FCCC), sondern die WTO, die Welthandelsorganisation. Dies hat damit zu tun, dass gerade die Nichtbeachtung umweltpolitischer wie sozialer Belange in den wichtigsten internationalen Institutionen sehr weitreichende Folgen hat. Die „Liberalisierung des Welthandels“ hat nicht nur direkte ökologische wie soziale Folgen, bspw. in der Erhöhung der Güterströme oder dem Eingriff in die nationale Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Darüber hinaus geht es auf dem Gebiet der Umweltpolitik meist auch um die Durchsetzung neuer Technologien und der dazu gehörenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Am bekanntesten sind hier die Beispiele der Gentechnologie im Umgang mit der biologischen Vielfalt bzw. mit genetischen Ressourcen sowie die ökonomischen Instrumente zum Klimaschutz (Emissionshandel etc.; vgl. dazu den Beitrag von Achim Brunnengräber in diesem Band). Die umwelt- und entwicklungspolitischen Institutionen i.e.S. sind längst nicht mehr Sammelbecken progressiver Interessen. „Globale Player wie internationale Energie-, Wasser-, Chemie- und Saatgutmultis dominieren das Verhandlungsgeschehen.“ (Unmüßig 2001: 3) Damit die-

nen diese Abkommen oftmals noch ganz anderen Zielen, als an ihrem Namen abzulesen ist.

Am *Beispiel der biologischen Vielfalt* wollen wir die Konsequenzen kurz verdeutlichen (vgl. dazu umfassender: Görg/Brand 1999 und 2001a und b). Während in der öffentlichen Diskussion die Auffassung vorherrscht, dass es dabei um umweltpolitische Maßnahmen geht, die den Verlust der Biodiversität stoppen oder verlangsamen sollen, zielen die staatlichen Maßnahmen und die internationalen Abkommen noch auf etwas anderes. Im Ganzen dienen sie der institutionellen Verregelung des Umgangs mit genetischen Ressourcen, von der Sicherheit im Umgang mit gentechnisch-modifizierten Organismen bis zur Etablierung eines Regimes zur Verteilung von Verfügungsrechten. Dabei geht es zuvorderst um die Regelung der Zugangs- und der mehr oder weniger exklusiven Nutzungsrechte an genetischen Ressourcen.

Gerade im Bereich der internationalen Biodiversitätspolitik wird deutlich, dass hier versucht wird, die Aneignung des „grünen Goldes der Gene“ durch die Agrar- und Pharmaindustrie politisch-institutionell abzusichern. Im Nord-Süd-Verhältnis geht es zentral um Rechts- und Planungssicherheit für die dominanten Akteure, insbesondere um einen gesicherten und effektiven, d.h. unter anderem kostengünstigen Zugang. Quasi-staatliche Politik hat – in engem Zusammenspiel mit der nationalstaatlichen Ebene – Funktionen wie die Regelsetzung für Wettbewerb und ökonomische Transaktionen, die Gewährleistung des Ressourcenflusses oder die Sicherung von Eigentum und Geld. Mit den neuen Formen der Nutzung und Inwertsetzung von biologischer Vielfalt und genetischen Ressourcen sind daher Fragen des geistigen Eigentums eng verbunden (vgl. ausführlicher Correa 2000; Seiler 2000). Es soll festgelegt werden, wer von den Vorteilen profitiert, die sich aus der Nutzung genetischer Ressourcen ergeben. Ein gewisses Paradox liegt dabei darin, dass die modernsten Akteure (Forschungseinrichtungen und vor allem transnational agierende High-Tech-Unternehmen) auf den Zugang zu diesen Ressourcen und damit in gewisser Hinsicht auf „marginalisierte“ Bevölkerungsgruppen im Süden angewiesen sind. Denn solche Ressourcen sind vor allem in südlichen Ländern und dort oft gerade in den Siedlungsräumen „marginalisierter“ Be-

völkerungsgruppen vorhanden. Zudem spielt bei der Aneignung genetischer Ressourcen das „traditionelle“ Wissen darum, wie mit den Ressourcen umgegangen wird, eine wichtige Rolle, denn es dient vielfach als „Filter“ bei der Suche nach ökonomisch wertvollen Substanzen (Kuppe 2001: 147ff.). Aufgrund dieses ökonomischen Interesses an genetischen Ressourcen sowie an damit verbundenem Wissen wird beides jedoch immer stärker aus einem kommerziellen Blickwinkel heraus betrachtet. Die Frage der Nicht-Kommodifizierung von Natur und „traditionellem“ Wissen wird dementsprechend auf internationaler Ebene kaum gestellt (verschiedene Aspekte dieses Problems werden in den Beiträgen von Enrique Leff, Silvia Rodriguez, Silvia Ribeiro und Tewolde Berhan Gebre Egziabher ausführlicher behandelt).

Die Anerkennung der nationalen Souveränität (im Sinne der rechtlichen Regulierungskompetenz), wie durch die CBD erfolgt, ist in Zeiten des vermeintlichen Kompetenzverlustes von Nationalstaaten eine notwendige Voraussetzung zur Inwertsetzung der Biodiversität. Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass die CBD ein Konfliktterrain darstellt, auf dem unterschiedliche Akteure um die Durchsetzung ihrer Interessen kämpfen. So sind in die CBD auch andere Anliegen eingegangen, insbesondere jene lokaler Gemeinschaften und indigener Völker. In dem prominenten Artikel 8(j) ist festgelegt, dass deren Wissen und Praxen zu respektieren, zu schützen und zu erhalten seien und sie an den Entwicklungen teilhaben müssten. Allerdings haben ihre Interessen in einer Weise Niederschlag gefunden, welche die Akteure schwächt. Denn zum einen sind die Regelungen im Artikel 8(j) durch ein instrumentelles Verständnis der Rechte lokaler Akteure geprägt: Zu achten seien diese nur, insofern sie der Erhaltung der biologischen Vielfalt dienen. Zudem seien sie der nationalen Souveränität unterzuordnen (Stoll 1999). Die konkrete Umsetzung ist Angelegenheit nationaler Implementation der CBD.

Die Kommerzialisierung der Biodiversität als ein Element der Globalisierung ist nicht allein ein ökonomischer, über Marktkräfte induzierter Prozess, sondern wird politisch durchgesetzt. Dies bedeutet, dass ökologische Aspekte zu einem Faktor der „Standortkonkurrenz“ werden, d.h. zu einem strategischen Element der Handels- und Wettbewerbspolitik. Dabei

vermischen sich Fragen der Ressourcenverwendung, des Zugangs zu und der Rechte über Ressourcen sowie den daraus resultierenden Folgen und Belastungen mit Fragen des Gewinns und der Gewinnverteilung aus dieser Verwendung, vor allem auch (aber nicht nur) im „Nord-Süd“-Verhältnis. Auch wenn zwischenstaatliche Abkommen eine größere Relevanz erhalten, so verliert der Nationalstaat seine zentrale Bedeutung nicht. Vielmehr verstärkt sich diese. Insofern ist auch Claudia von Braunmühls (2001: 189) Einschätzung, der Versuch, globale Probleme über völkerrechtliche Rahmenkonventionen anzugehen, sei im Wesentlichen gescheitert, zu relativieren. Die Rahmenkonventionen stellen einen durchaus erfolgreichen Versuch dar, ein Terrain zu schaffen, auf dem um die gesellschaftlich legitime und rechtlich legale Aneignung der Natur gerungen wird. Allerdings geschieht dies insbesondere unter Berücksichtigung der Interessen herrschender Akteure. Und selbst das Label nachhaltige Entwicklung trägt in diesem Kontext zu einer Ökonomisierung der Natur bei.

Globales Umweltmanagement und „ökologische Sicherheit“

Ein Hauptgrund für das relative Scheitern des Rio-Prozesses wird demnach in der institutionellen Zersplitterung internationaler Umwelt- und Entwicklungspolitik gesehen. Ein Vorschlag, der bei der „Rio plus 5“ Konferenz 1997 in New York von der Bundesregierung bereits vertreten wurde, rückt daher in den letzten Jahren immer stärker ins Zentrum: Die Stärkung des UN-Umweltprogramms (UNEP) zu einer neuen und mit mehr Kompetenzen und Ressourcen ausgestatteten Supraorganisation im Rahmen der UNO. In Deutschland wird dieses Konzept am vehementesten von Udo Simonis (Biermann/Simonis 1999) vertreten, aber beispielsweise auch von Martin Khor vom Third World Network (Ling/Khor 2001). Bei Khor und Simonis geht dieser Vorschlag mit einer erhofften Aufwertung des Umweltthemas einher, da das UNO-Umweltprogramm UNEP und nicht etwa das Entwicklungsprogramm UNDP den Kern bilden sollen. Thomas Fues will für die „globale Rio-Architektur“ die bislang bedeutungslose Commission on Sustainable Development zum Kern eines neu zu

schaffenden Council for Sustainable Development machen, der u.a. die UNO Umwelt- und Entwicklungsorganisationen steuert und dem IWF, Weltbank und WTO berichtspflichtig sind (aber nicht gesteuert werden). Auch der UN-Generalsekretär erhebt die Forderung, IWF, WB und WTO sollten sich endlich auf die Ziele nachhaltiger Entwicklung einlassen (Annan 2001).

Hier artikuliert sich eine Problemsicht, welche die fehlende Macht der entsprechenden Institutionen als größtes Hindernis mangelnder nachhaltiger Entwicklung sieht. Das legt nahe, globale Umweltpolitik sei am besten von zentralisierten, mit Entscheidungs- und Machtressourcen ausgestatteten Institutionen zu erfüllen und könne insofern nur „von oben“ betrieben werden. Dieses Verständnis ist jedoch in mindestens dreifacher Hinsicht unzureichend. Zum *einen* wird den Gründen für die relative Machtlosigkeit umwelt- und entwicklungspolitischer Institutionen nicht nachgegangen. Damit ist jedoch nicht nur die Hoffnung auf einen Machtgewinn dieser Institutionen ohne erkennbare Grundlage. Hinter diesem Defizit steckt zudem ein technokratischer Steuerungsoptimismus bzw. ein „*Managerismus*“ (Redclift 1994), der davon ausgeht, dass Probleme bei richtigem Management im Kern lösbar seien. Dies ist tendenziell naiv. Vielmehr verdichten sich in verschiedenen Institutionen unterschiedliche *Kräfteverhältnisse* mit verschiedenen Interessen und Machtpotenzialen im Hintergrund (Görg/Brand 2001a). Deshalb finden in den umwelt- und entwicklungspolitischen Institutionen im engeren Sinne schwächere Interessen auch eher Gehör. Auch werden diese Institutionen längst von den dominanten Akteuren genutzt: Wie gesehen, dient die CBD immer stärker den transnationalen Unternehmen und Forschungsinstituten zur Absicherung des Zugangs zu genetischen Ressourcen und „ihrer“ geistigen Eigentumsrechte. Auch diese Institutionen können also nicht einfach als Gewinn an nachhaltiger Entwicklung interpretiert werden, da sich in ihnen die Ambivalenzen des Prozesses der letzten zehn Jahre niedergeschlagen haben. Zugespißt gefragt: Warum sollte eine Supraorganisation daran etwas ändern? Im Gegenteil, dominante Interessen können sich noch stärker durchsetzen.

Zum zweiten hängt dies mit der Tendenz zur Sektoralisierung von Politik zusammen. Obwohl die realen Entwick-

lungen wie auch die Tendenz der wissenschaftlichen Forschungen der letzten Jahre deutlich gezeigt haben, dass eine abgegrenzte Umweltpolitik weder vorhanden noch machbar ist, wird weiterhin auf abgegrenzte Politikfelder gesetzt. Die Entwicklung der Regimeforschung belegt, dass selbst dann, wenn sich problemspezifische internationale Institutionen herausgebildet haben, die Wirkungsweise und der Erfolg dieser Institutionen im hohen Maße vom widersprüchlichen Zusammenspiel sehr unterschiedlicher Regime entscheidend beeinflusst werden – nicht zuletzt vom Verhältnis zwischen internationalen Umweltabkommen und Abkommen zur Handelsliberalisierung (Bernauer/Ruloff 1999). Die explizite Umweltpolitik kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern die gesamtgesellschaftliche Entwicklung gibt der globalen Regulierung der Naturverhältnisse den Rahmen vor.

Neben Managerismus und Sektoralisierung geht der Forderung zur Schaffung mächtiger internationaler Organisationen noch eine *dritte*, höchst problematische Annahme voraus: Die „top-down“ Perspektive. Besonders problematisch ist diese im Hinblick auf den Umgang mit den sog. „global commons“, den globalen Gemeingütern. Als zentrales Argument wird an dieser Stelle genannt, dass es sich beim Schutz dieser Gemeingüter – wobei der Charakter *als* globales Gemeingut immer eine diskursive und oft höchst umstrittene Konstruktion darstellt – um globale Menschheitsprobleme handle und doch eigentlich alle zusammen ein Interesse an ihrer Lösung haben müssten. Faktisch entsteht dabei eine von Macht- und Herrschaftsinteressen durchsetzte Form des globalen Managements, das Michael Goldman (1998) als *globales Ressourcenmanagement* bezeichnet hat. Diese Commons-Debatte wurde Goldman zufolge deshalb wichtiger, weil soziale Bewegungen das Funktionieren der herrschenden Institutionen herausgefordert hätten und weil die materielle Degradation die kapitalistische Reproduktion gefährden. In der Unterstellung, dass die lokale Übernutzung von Gemeingütern das entscheidende Problem sei, welches durch ein globales Management korrigiert werden müsse, wird ausgeblendet, dass es sich tatsächlich um konkrete Nutzungskonflikte handelt, bei der sich Konflikte zwischen globaler und lokaler Ebene und zwischen Nord und Süd überlagern. „Durch die Verlagerung der Forschungsperspektive auf

Gemeingüter von einer lokalen auf eine globale Ebene werden Weideflächen nicht länger nur als Konfliktzonen zwischen oder unter Viehhaltern und Bauern definiert, sondern als kleine Fragmente irdischer Biomasse, deren falsche Bewirtschaftung nicht nur lokale oder regionale Bevölkerungen negativ beeinflusst, sondern uns allen schadet. Mit anderen Worten: Lokale Nutzungsformen von Gemeingütern im Süden sind gleichzeitig ein Problem für den Norden.“ (ebd. 102)

Mit dem globalen Ressourcenmanagement bildet sich ein neuer Autoritäts- und Machttyp heraus, da globale Institutionen die als global definierten Ressourcen und Krisenherde verwalten sollen. Die einheimischen und regionalen Institutionen, so die Argumentation, seien dafür schlecht gerüstet. Das größte Problem für die globalen Ressourcenmanager bestehe – neben der Überbevölkerung, welche die Tragfähigkeit des Planeten gefährde – konsequenterweise darin, dass die globalen Institutionen nicht genug Macht hätten. Vor dem Hintergrund der kapitalistischen Restrukturierung und ihrer neuen Formen der Naturaneignung kommt Goldman zu seiner Einschätzung der Rio-Konferenz: Es sei „die größte ‘Commons’-Show aller Zeiten“ gewesen, bei der es darum gegangen sei,

„die Gemeingüter zu restrukturieren (d.h. zu privatisieren, zu ‘entwickeln’, ‘produktiver zu machen’, zu bewerten, ‘den richtigen Preis zu bestimmen’), um sie den krisengeschüttelten kapitalistischen Ökonomien anzupassen. Die Wirkung ist daher auch nicht, destruktive Praktiken aufzuhalten, sondern sie zu normalisieren und stärker zu institutionalisieren und somit die *commoners* (die lokale Bevölkerung; U.B./C.G.) rund um die Welt noch größeren Risiken auszusetzen.“ (ebd. 91)

Damit wird auch das Wissen der lokalen Bevölkerung untergraben sowie deren Möglichkeit, an den Auseinandersetzungen teilzunehmen, wie Gemeingut überhaupt zu definieren sei. Gerade im Bereich der NGOs ist Umwelt für viele längst zum *green business* geworden, bei dem internationale Großorganisationen wie *The Nature Conservancy* oder *Conservation International* sich mit ihrer starken Schutzorientierung wenig um die Belange lokaler Bevölkerung und viel um die wohlwollende Finanzierung durch transnationale Unternehmen kümmern. Die NGOs tragen durchaus bewusst dazu bei, dass Unternehmen und Forschungsinstitute in geschützten Gebieten besser ihre Bioprospektierungsprojekte durchführen

können als in solchen, in denen sich die lokale Bevölkerung evtl. gegen die Aneignung ihrer Ressourcen und ihres Wissens wehrt (vgl. Delgado 2001).

Die Hoffnung auf ein top-down-Management des globalen Wandels wird also der Realität ökologischer Probleme in den Ländern des Südens nicht gerecht. Vielmehr wäre eine Stärkung der lokalen Ebene die erste Voraussetzung, um dem Gedanken einer nachhaltigen Entwicklung mehr Realitätsgehalt zu verschaffen (Barkin 1999; vgl. auch die Beiträge von Silvia Rodriguez und Silvia Ribeiro in diesem Band). Auch die globalen Machtverhältnisse werden in fataler Weise verschoben. Dies alles ist die Konsequenz einer „Astronautenperspektive“ (Sachs 1997), für die weltweite Ungleichheiten und die sozialen Herrschaftsverhältnisse, wenn überhaupt, nur noch eine nachgeordnete Bedeutung haben.

Zweifel an diesem Modell werden schon dadurch geweckt, indem man seine historische Genese und damit den Zusammenhang zwischen Globalisierung und Natur genauer betrachtet. Die Konstruktion „einer globalen Natur“ aus der Astronautenperspektive ist nämlich lediglich die zeitgemäße Variante der ideologischen Verwendung des Naturbegriffs, in der diese gleichzeitig materiell als Gegenstand eines *globalen Managements* konstituiert wird. Unsichtbar gemacht wird mit der Konstruktion der Einen Natur, dass ökologische Probleme in den verschiedenen Teilen der Welt vor dem Hintergrund verschiedener ökonomischer und kultureller Naturverhältnisse sehr unterschiedliche Formen annehmen können. So hat die „Third World Political Ecology“ (Bryant/Bailey 1997) darauf aufmerksam gemacht, dass in Ländern des Südens die ökologischen Belastungen viel direkter mit den alltäglichen Lebensproblemen verbunden sind: Als Mangel an sauberem Wasser, von Feuerholz bzw. Brennmaterial, als hygienische und sanitäre Probleme oder als Versteppung und Wüstenbildung. Klima, Ozon oder auch „die“ Biodiversität, also die typischen Kandidaten für vermeintlich globale ökologische Probleme, sind dann Ausdruck einer sehr selektiven, rein nördlichen Perspektive auf Natur, die ihre eigene *partikulare* Perspektive nicht reflektiert, sondern unterschlägt und zu universalisieren versucht. Und diese globale Selektivität ist vielfach mit einer Geschlechtsblindheit verbunden, welche die geschlechtsspezi-

fischen Auswirkungen nicht zur Kenntnis nehmen will (vgl. den Beitrag von Christa Wichterich in diesem Band).

Dieser selektiven Betrachtungsweise stellen Raymond Bryant und Sinéad Bailey (1997: 27ff.) den Begriff einer „politisierten Umwelt“ (*politicised environment*) entgegen. Danach ist Umwelt (oder Natur) nicht eine unberührte, neutrale Umgebung menschlicher Aktivitäten, sondern in die Machtverhältnisse eingeschrieben: Die natürliche Umwelt ist selbst umkämpft, in sie sind „ungleiche Machtverhältnisse zwischen Akteuren ‘eingeschrieben’.“ (ebd. 43). Zentral ist dabei der Machtfaktor, der sich auf „die Fähigkeit eines Akteurs, die eigene Interaktion mit der Umwelt und die Interaktion anderer Akteure mit der Umwelt zu kontrollieren“ bezieht (ebd. 39). Die Kontrolle (oder Gestaltung) der Naturverhältnisse („die eigene Interaktion mit der Umwelt“) durch eine Akteursgruppe ist demnach in Verbindung zu sehen mit der Kontrolle über die Naturverhältnisse einer anderen Akteursgruppe – *beides zusammen* konstituiert spezifische Machtpositionen. Machtverhältnisse im Hinblick auf die natürliche Umwelt erstrecken sich nicht allein auf soziale Beziehungen zwischen Akteuren, so die Mehrzahl sozialwissenschaftlicher Machtbegriffe, sondern sie sind auch durch die Naturverhältnisse der jeweiligen Akteursgruppen vermittelt.

Dadurch ergeben sich komplexere und vielfach gebrochene Machtverhältnisse. Eine fehlende Kontrolle über die eigenen Naturverhältnisse (nicht: über die Umwelt/Natur) schwächt die Machtrelationen zu anderen Akteuren trotz überlegener sozialer Machtressourcen. Umgekehrt üben Gesellschaften einen Einfluss auf andere in dem Maße aus, wie es ihnen gelingt, auf die Gestaltung der Naturverhältnisse dieser Gesellschaften einzuwirken und sie ihren Zwecken zu unterwerfen. Beide Aspekte sind also zu beachten: Zum einen werden Regionen dieser Erde als Rohstoffressource oder als globale Schadstoffsenke für andere konstituiert. Zum anderen besitzen sie ein Machtpotential, das sich daraus ergibt, dass die nördlichen Industriegesellschaften auf die Natur anderer Regionen angewiesen sind. Hier, in der Bewusstwerdung dieses Machtpotentials durch Akteure im Süden (insbesondere der indigenen Völker), liegt gegenwärtig einer der spannendsten Aspekte internationaler Politik.

Es gibt aber auch eine stark gegenläufige Entwicklung: Seit einiger Zeit lässt sich verstärkt beobachten, welche Auswirkungen diese Verbindung von Macht und Ökologie hat – und wie beides nach dem 11. September neue Verbindungen eingeht. Ökologische Sicherheit ist zu einem neuen Schlagwort geworden, bei dem ökologische Problemlagen für den Sicherheitsdiskurs funktionalisiert und militärische und ökologische Überwachungssysteme miteinander verknüpft werden (vgl. dazu den Beitrag von Henri Acselrad in diesem Band). Mit dem Konzept der „politisierten Umwelt“ lässt sich erklären, warum es sich dabei weder um einen Zufall noch um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Wenn die Naturverhältnisse ein Aspekt in den Machtbeziehungen zwischen Staaten und Regionen sind, dann ist es nur folgerichtig, auch Umweltprobleme verstärkt unter dem Blickwinkel nationaler Interessen und nationaler Sicherheit zu re-interpretieren. Historisch gesehen ist dies nichts absolut Neues, denn auch die Kolonialzeit wie das imperialistische Stadium des Kapitalismus verknüpften Machtinteressen mit der Kontrolle über die Naturverhältnisse (Crosby 1991). Aber im Zeitalter neuer technologischer Potentiale – neben den Informations- und Kommunikationstechnologien sind hier auch die neueren Bio- und Gentechnologien zu berücksichtigen – nimmt dies doch andere Formen an. Zugespitzt ließe sich feststellen, dass auch in den Zeiten „nachhaltiger Globalisierung“ die machtgestützte und notfalls militärische Absicherung der nationalen Interessen ein vielleicht sogar zunehmend bedeutender Faktor in der Kontrolle über die Naturverhältnisse werden könnte – und nicht mehr die Suche nach kooperativen Bearbeitungsformen (wie unzureichend diese auch waren).

Neue Dynamiken: Globalisierungskritik

Ungeachtet all dieser Tendenzen gilt es festzuhalten, dass es im System internationaler Politik Widersprüche gibt. Das bedeutet, die unterschiedlichen Terrains mit ihren jeweils spezifischen Konflikten im Auge zu behalten: Die CBD ist nicht die WTO und wird von ihr auch nicht völlig dominiert. Vor allem die Widersprüche zwischen verschiedenen Foren bieten oftmals die Gelegenheit, auch schwächere Interessen mit Erfolg zu artikulieren. Dies lässt sich z.B. an den internationalen

Diskussionen zum Schutz des traditionellen Wissens demonstrieren, die nicht zuletzt durch die erheblichen Spannungen zwischen der CBD sowie dem International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture der FAO (dem sog. Saatgut-Vertrag von November 2001) und dem TRIPS-Abkommen der WTO hervorgerufen wurden (Brand/Görg 2001). Dabei geht es nicht einfach nur um rechtliche Regelungen, sondern darüber hinaus um veränderte Kräfteverhältnisse und um andere Orientierungen, weit über Umwelt- und Entwicklungspolitik i.e.S. hinaus.

Die eigentliche Hoffnung auf eine Tendenz hin zu einer „nachhaltigen Entwicklung“, die ernst machen würde mit einer tiefgreifenden Veränderung des gesellschaftlichen Entwicklungsmusters, kommt von ganz anderer Seite. Relativ unabhängig von der Debatte um Nachhaltigkeit hat sich in den letzten Jahren die praktische und theoretische Kritik am neoliberalen Kapitalismus verstärkt. Dabei kam es zu einer Politisierung des Globalisierungsbegriffs: Der damit benannte Prozess, seine für viele Menschen katastrophalen Wirkungen und die damit verbundenen Interessen werden nicht mehr als hinzunehmende „Risiken“ oder zu behebende Begleiterscheinungen verstanden, sondern immer stärker als immanente Bestandteile der gesellschaftlichen Veränderungen und als Folge sozialer Kämpfe.

Das Anfang Februar im brasilianischen Porto Alegre stattgefunden zweite „Weltsozialforum“ ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass *Kritik und Alternativen* gerade auf lokaler und nationaler Ebene formuliert und vorangetrieben werden. Die sich zuspitzenden Widersprüche (deren bloße Existenz erst einmal nichts heißt) werden von dieser heterogenen Bewegung politisiert. Die seit Seattle immer offenkundigere Globalisierungskritik ist auch eine Zurückweisung der Idee, „Weltprobleme“ ließen sich von oben, durch Experten und kooperativ lösen. Der mit der UNCED 1992 erstmals derart breit propagierte Politiktypus der „globalen Runden Tische“ und die damit einhergehende Delegitimierung konfrontativer Politikansätze wird von der internationalen Protestbewegung – was immer bedeutet: Von vielen verschiedenen Bewegungen und Organisationen auf nationaler und lokaler Ebene – gründlich in Frage gestellt (vgl. Brand 2002).

Interessant ist, dass etwa in der bundesdeutschen Diskussion sozial-ökologische Themen kaum eine Rolle spielen. Das Netzwerk *attac!* beispielsweise versteht sich eigenen Angaben zufolge als eine „Bewegung für ökonomische Gerechtigkeit“ (so Sprecher Sven Giegold auf dem Berliner *attac*-Kongress im Oktober 2001). Auch im breiteren gesellschaftskritischen Spektrum hat die ökologische Dimension in den letzten Jahren an Bedeutung eingebüßt. Hinsichtlich aktueller Entwicklungen weist Barbara Unmüßig (2001: 3) darauf hin, dass auch die globalisierungskritische Bewegung auf diesem Gebiet noch Nachholbedarf hat. Sie sitzt bislang der falschen Trennung von „harten“ wirtschaftlichen und politischen Fragen einerseits und „weichen“ Fragen vermeintlich geringerer gesellschaftlicher Relevanz auf. Das steht im Gegensatz zu vielen Bewegungen in südlichen Ländern. Die Aufgabe wäre also, der Krise der Naturverhältnisse wieder einen wichtigeren Stellenwert in der Kritik an den dominanten Strategien zur globalen Umstrukturierung zu verschaffen.

Dazu ist Katastrophismus wenig angebracht. Der diene immer der Stärkung beharrender Kräfte und delegitimierte Kritik mit dem Verweis, dass jetzt sofort gehandelt werden müsse. Auch linke Intellektuelle wie Alain Lipietz skizzierten um Rio herum dramatisch: „Der ökologische Krieg hat begonnen. Wie der Golfkrieg, so markiert auch dieser einen Wendepunkt in der Geschichte der menschlichen Gattung. Er wird lange dauern: in etwa vierzig Jahre. So viel Zeit bleibt der Menschheit, sich entweder zu retten oder mit dem kleinen Raumschiff Erde unterzugehen. In dieser Zeit wird sich auch herausstellen, wen es erwischen wird.“ (Lipietz 1993: 79) Solche Bilder führen paradoxerweise zu recht realpolitischen Optionen – bei Lipietz etwa zur notwendigen Stärkung Europas gegenüber den USA. Wichtiger wäre sicherlich eine *Remoralisierung der Ökonomie* (von Braunmühl 2001: 192f.).

Die größte Gefahr dürfte dagegen von der Metapher der *nachhaltigen Globalisierung* ausgehen. Natürlich nicht von dem Begriff selbst, sondern von dem damit transportierten Verständnis. Denn die „zivilgesellschaftlichen“ Politikvorstellungen des Rio-Prozesses basierten lange Zeit auf der Annahme, dass mit Kooperation, alternativer Expertise und dem Appell an die aufgeklärten Eigeninteressen in Wirtschaft und

Politik das Leitbild durchgesetzt werden könnte. Die 90er Jahre haben besonders deutlich gezeigt, dass die damit verbundenen politischen Konzepte sich nicht als erfolgreich erwiesen haben (vgl. auch Bergstedt 1998 und die Beiträge von Christa Wichterich und Henri Acselrad). Oft genug dienten sie eher der Legitimation der „großen“ Entscheidungen von Regierungen, Unternehmen und Medien. Diese konnten die ihnen genehmen Aspekte von Kritik destillieren und sich auf diese Weise auch noch selbst legitimieren.

Die neoliberale Globalisierung hat sich durchgesetzt - und zwar nicht kooperativ, sondern vor allem „von oben“. Heute zu meinen, dass dieser ungleich machtvollere Prozess wiederum mit Kooperation, Expertise und dem Appell an Einsichtsfähigkeit zu stoppen sei, ist bestenfalls naiv. Diesem Glauben nicht aufzusitzen, das ist einer der wichtigsten Beiträge der aktuellen globalisierungskritischen Bewegung. Und dies sollte nicht mit einer neuen Runde der „Hofferei“ (Wolf-Dieter Narr) im nun anlaufenden Johannesburg-Prozess verschenkt werden. „Nachhaltige Globalisierung“ - das könnte zum ideologischen Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens werden. Es lässt sich leicht ausmalen, dass dieser Begriff, den Akteure wie NGOs oder Intellektuelle in kritischer Absicht auf die Tagesordnung setzen, nur wenig später in den Hochglanzheften von Opel und Aventis im ICE zu lesen sein wird. Die Funktion des Leitbegriffs hätte sich damit erneut erfüllt.

Wichtig wäre statt dessen in der öffentlichen Auseinandersetzung, den Glauben an die technokratischen Allheilmittel und das „Management“ von Problemen infrage zu stellen. Selbstbestimmung, Menschenwürde und die Befriedigung elementarer Bedürfnisse werden nicht durch Effizienzdenken und Managerismus erreicht. Dagegen gilt es kritische Praxen zu stärken. Ob und wie diese sich auf die Formel der „nachhaltigen Entwicklung“ beziehen, erscheint zweitrangig. Bedeutender ist dagegen zu sein, wie konkrete Inhalte aufgegriffen werden, wie mit sozialen Interessen umgegangen und ob eine Kritik an den herrschenden Verhältnissen, d.h. eine umfassende Herrschaftskritik mitgedacht wird. Vor allem wäre ein Glaube zu unterlaufen, der trotz und wegen allem pragmatischen Managerismus doch deren Fundament ist: Der Glaube an die Unhintergebarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, an die

Alternativlosigkeit kapitalistischer Globalisierung. Und gerade hier haben die Bewegungen der letzten Jahre die meisten Erfolge zu verzeichnen. Nicht eine „nachhaltige Globalisierung“, sondern die nachhaltige Zurückdrängung ihrer treibenden Kräfte muss das Ziel einer wirklich nachhaltigen Entwicklung sein. In diesen Auseinandersetzungen entwickeln sich bereits heute Alternativen, Reformvorschläge und Vorstellungen einer anderen, vielleicht dann „nachhaltig“ genannten Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1 Achim Brunnengräber sei für Anmerkungen gedankt.
- 2 Wir sind uns der etwas unklaren Verwendung des Hegemoniebegriffs bewusst. Aus Gramscianischer Perspektive geht es ja gerade nicht darum, dass die US-Regierung „wählen“ könnte zwischen einer hegemonialen und nicht-hegemonialen Strategie. Hegemonie ist ein ungleich komplizierterer Prozess. Für den hiesigen Text, der eher zu politischen denn zu theoretischen Klärungen beitragen soll, belassen wir es jedoch bei dieser Verwendung.

Literatur

- Acselrad, Henri/Sedrez, Lise F. (1995): Sustainability, Discourses, and Disputes. WEED/IBASE-Workshop „Sustainability: Non-governmental perspectives“, MS, Rio de Janeiro
- Altwater, Elmar (1992): Der Preis des Wohlstands - oder Umweltschädigung und neue Welt(un)ordnung, Münster
- Annan, Kofi (2001): Implementing Agenda 21. Report from the Secretary General to the ECOSOC. <http://www.johannesburg-summit.org>
- Armborst, Stefan/Brand, Ulrich (1996): Nachhaltig zukunftsfähig? Kritik der Wuppertaler Umwelt-Studie. In: Blätter des iz3w, Nr. 211/Februar, S. 38-40
- Barkin, David (1998): Wealth, Poverty and Sustainable Development, Mexiko City
- Bergstedt, Jörg (1998): Agenda, Expo, Sponsoring. Recherchen über den Naturschutzfilm. Frankfurt/M.
- Biermann, Frank/Simonis, Udo Ernst (1999): Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung. Funktionen, Chancen, Probleme. Policy-Paper Nr. 9 der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn
- Brand, Ulrich (2002): Stichwort „Globalisierungskritik“. In: Haug, Wolfgang-Fritz (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 5

- Brand, Karl-Werner/Jochum, Georg (2000): Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung, Text der Münchener Projektgruppe für Sozialforschung 1/2000
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2001): Access & Benefit Sharing. Zugang und Vorteilsausgleich - das Zentrum des Konfliktfelds Biodiversität, Hrsg. von Germanwatch und dem Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn
- Brand, Ulrich/Demirovic, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (2001): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster
- Braunmühl, Claudia von (2001): Nachhaltigkeit. In: Leggewie, Claus/Münch, Richard (Hg.): Politik im 21. Jahrhundert. Frankfurt/M., S. 186-196
- Bryant, Raymond L./Bailey, Sinéad (1997): Third World Political Ecology, London/New York.
- BUND/Misereor (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel
- Ceceña, Ana Esther/Barreda, Andrés (Hg., 1995): Producción Estratégica y Hegemonía Mundial. Mexiko-Stadt
- Correa, Carlos (2000): Intellectual Property Rights, the WTO and Developing Countries. The TRIPS Agreement and Policy Options, London/New York and Penang
- Crosby, Alfred W. (1991): Die Früchte des weißen Mannes, ökologischer Imperialismus 900 - 1900, Frankfurt/New York
- Delgado Ramos, Gian Carlo (2001): Biopiraterie und geistiges Eigentum als Eckpfeiler technologischer Herrschaft: Das Beispiel Mexiko. In: Das Argument 242, Nr. 4/5, S. 481-494
- Dowdeswell, Elisabeth (2001): Design for the real World. Ideas for achieving Sustainable Development. Lecture at the Harvard University Center for the Environment, December 12, 2001
- Eblinghaus, Helga; Stickler, Armin (1996): *Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development*. Frankfurt/M.
- Enquete-Kommission (Hg., 1994): Die Industriegesellschaft gestalten. Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages, Bonn
- Fues, Thomas (1998): Rio plus 10. Der deutsche Beitrag zu einer globalen Strategie für nachhaltige Entwicklung. Policy Paper 6 der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn
- Gill, Stephen (1995): The Global Panopticon. The Neoliberal State, Economic Life, and Democratic Surveillance. In: Alternatives 20(1), S. 1-49
- Görg, Christoph (1996): Sustainable Development - Blaupause für einen 'ökologischen Kapitalismus'? In: Brentel, Helmut u.a.

- (Hg.): Gegensätze. Elemente kritischer Theorie, Frankfurt/New York, S. 178-193
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (1999): Globale Umweltpolitik und nationalstaatliche Konkurrenz. Zur Regulation der biologischen Vielfalt. In: Hein, Wolfgang/Fuchs, Peter (Hg.): Globalisierung und Ökologie. Hamburg, S. 231-264
- (2001a): Postfordistische Naturverhältnisse. NGOs und Staat in der Biodiversitätspolitik, in: Brand, Ulrich u.a. (Hg.) 2001, S. 65-93
- Görg, Christoph /Brand, Ulrich (2001b): Patentierter Kapitalismus, in: Das Argument 242; Heft 4/5, S. 466-480
- Goldman, Michael (1998): Allmacht und Allmende. Die „Commons“-Debatte und der Aufstieg der globalen Ressourcenmanager. In: Flitner, Michael/Görg, Christoph/Heins, Volker (Hg.): Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik. Opladen, S. 87-118
- Hauff, Volker; Hg (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven
- Hermle, Reinhard (Hg., 1997): Ein Buch macht von sich reden, Aachen
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin
- (2000): Die Internationalisierung des Staates. Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie. In: Das Argument 42 (3), S. 325-339
- Hirsch, J./B.Jessop/N.Poulantzas (2001): Die Zukunft des Staates. Hamburg
- Hoedeman, Olivier (2001): Industry's Rio+10 Strategy: Banking on Feelgood P.R. In: Corpote Europe Observer, Nr. 10, S. 10-15. <http://www.xs4all.nl/~ceo/observer10/observer10.pdf> (Januar 2002)
- IIED (2001): The Future is Now. For the UN World Summit on Sustainable Development, Vol.1, April, published by the International Institute for Environment and Development, London (<http://www.iied.org>)
- ISOE (Hg) (1994): Sustainable Netherlands. Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande, herausgegeben vom Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt/M.
- Jörissen, J./D.Rink/G.Kneer (2000): Nachhaltigkeit und Wissenschaft: Synopse zur Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in konzeptionellen Studien. In: TA-Datenbank-Nachrichten, 9.Jg, Nr.2, Juni 2000, Forschungszentrum Karlsruhe
- Kant, Immanuel (1977): Ideen zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. In: ders.: Schriften zur Anthropologie,

- Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, Werkausgabe Bd. XI, Frankfurt/Main
- Kuppe, René (2001): Der Schutz des traditionellen umweltbezogenen Wissens indigener Völker. In: Klaffenböck, Gertrude et. al. (Hg.): Biologische Vielfalt. Wer kontrolliert die globalen genetischen Ressourcen? Frankfurt/M., S. 141-155
- Ling, Chee Yoke/Khor, Martin (2001): International Environmental Governance. Some Issues from a Developing Country Perspective. Working Paper by the Third World Network. (www.twinside.org.sg/title/ieg.htm) (Januar 2002)
- Lipietz, Alain (1993): Berlin, Bagdad, Rio. Das 21. Jahrhundert hat begonnen. Münster
- Müller-Kraenner, Sascha/Greger, Nika (2001): Die Globalisierung von Nachhaltigkeit. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Von Rio nach Johannesburg. Beiträge zur Globalisierung der Nachhaltigkeit. Johannesburg Papers, Nr. 4, S. 7-24
- Paul, James A. (2001): Der Weg zum *Global Compact*. Zur Annäherung von UNO und multinationalen Unternehmen. In: Brühl, Tanja et al. (Hg.), Privatisierung der Weltpolitik. Bonn, 104-129
- Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg
- Sachs, Wolfgang (1997): Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines Leitbilds. In: Brand, Karl-Werner (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Opladen, S. 93-110
- Sachs, Wolfgang (2000): Wie zukunftsfähig ist die Globalisierung? Studien und Berichte Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 3, Berlin
- Seiler, Achim (2000): Die Patentierung lebender Materie. Das WTO-TRIPS-Abkommen und die Optionen zur Umsetzung des Artikel 27.3 (b). Bonn (Forum Umwelt & Entwicklung)
- SAPRI (2002): Weltweite Armutsproduktion statt globale Armutsbekämpfung, Zusammenfassung der Ergebnisse der Structural Adjustment Participatory Initiative. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Sonderdienst Nr. 1-2/Januar 2002
- Spehr, Christoph/Stickler, Armin (1997): Morphing Zone. Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken. In: Foitzik, Andreas/Marvakis, Athanasios (Hg.), Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche. Hamburg, S. 211-225
- SRU (1994): Umweltgutachten 1994. Sachverständigenrat für Umweltfragen, Drucksache 12/6995, Stuttgart
- Stoll, Peter-Tobias (1999): Werte der Vielfalt aus rechtlicher Sicht. In: Görg, Christoph u.a. (Hg.): Zugänge zur Biodiversität. Marburg, S. 187-202

- UNEP (2000): Global Environmental Outlook 2000, United Nations Environmental Program, London
- Unmüßig, Barbara (2001): Zwischen Nachhaltigkeitsrhetorik und Wettbewerbsfixierung. Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Nr. 5/Dezember, S. 1-3
- VCI (1995): Sustainable Development, Verband der chemischen Industrie, Frankfurt/Main
- Wichterich, Christa (1998a): Der Gipfel-Tango aus Frauensicht. In: Calließ, Jörg (Hg.): Barfuß auf diplomatischem Parkett. Die Nichtregierungsorganisationen in der Weltpolitik, Loccum, S. 43-52

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Mythen globalen Umweltmanagements : „Rio + 10“
und die Sackgassen *nachhaltiger Entwicklung* / Christoph
Görg/Ulrich Brand (Hrsg.) - 1. Aufl. - Münster :
Westfälisches Dampfboot, 2002
(Einsprüche; 13)
ISBN 3-89691-596-7



1. Auflage Münster 2002
© 2002 Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Lütke-Fahle-Seifert
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt
Gedruckt auf säurefreiem Papier.
ISBN 3-89691-596-7

Inhalt

Einleitung	7
<i>Ulrich Brand und Christoph Görg</i> „Nachhaltige Globalisierung“? <i>Sustainable Development</i> als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens	12
<i>Henri Acselrad</i> Die ökologische Herausforderung zwischen Markt, Sicherheit und Gerechtigkeit	48
<i>Christa Wichterich</i> Sichere Lebensgrundlagen statt effizienterer Naturbeherrschung - Das Konzept nachhaltige Entwicklung aus feministischer Sicht	72
<i>Enrique Leff</i> Die Geopolitik nachhaltiger Entwicklung - Ökonomisierung des Klimas, Rationalisierung der Umwelt und die gesellschaftliche Wiederaneignung der Natur	92
<i>Silvia Ribeiro</i> <i>Biopiraterie</i> und geistiges Eigentum - Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen	118
<i>Silvia Rodriguez Cervantes</i> Biodiversitäts-Politik und lokale Gegenmacht - Das Beispiel Costa Rica	137
<i>Tewolde Berhan Gebre Egziabher</i> Bedrohte Ernährungssouveränität, internationales Recht und <i>Farmers' Rights</i> in Afrika	154
<i>Achim Brunnengräber</i> Umwelt- oder Gesellschaftskrise? Zur politischen Ökonomie des Klimas	192
Über die Autorinnen und Autoren	216